

Stellungnahme der KPÖ

vom 4. Dezember 2024

Einleitend möchten wir festhalten, dass es uns aufgrund interner Probleme nicht möglich war, die Unterlagen fristgerecht einzureichen.

Zweitens können wir festhalten, wurde die Wahlkampfobergrenze von rund 8,6 Millionen Euro NICHT überschritten.

Drittens: die Schätzung, dass sich die Gesamtausgaben irgendwo zwischen 130.000 Euro und 225.000 Euro bewegt haben könnten (inkl. Kosten für Agenturleistungen, Personalaufwendungen,), entspricht nicht den Tatsachen.

Bzgl. von "Observer" nicht erhebbare Positionen halten wir fest:

- Für parteieigene Printmedien (KPÖ informiert) wurden 1.198,34 Euro ausgegeben.
- Agenturleistungen wurden keine in Anspruch genommen.
- zusätzliche Personalaufwendungen wurden nicht getätigt.
- Wahlveranstaltungen (Infotische bzw. Pressekonferenzen) wurden, da finanziell unbedeutend, aus dem regulären Budget abgedeckt.

Insgesamt halten wir fest, dass von den zentral getätigten Gesamtausgaben von 29.609,01 Euro rund 20.838 Euro für div. Druckprodukte (Direktwerbung) ausgegeben wurden.

Werbegeschenke und zentrale Inserate gab es keine. Auch Online-Werbekampagnen gab es nicht.

Für Plakate (Außenwerbung) wurden 4.233,46 Euro ausgegeben.

Der amtliche Unkostenbeitrag für die Stimmzettel hat 3.600 Euro betragen.

Neben Ausgaben der Bundespartei hat auch die KPÖ-Wien div. Ausgaben für die EU-Wahl 2024 im Gesamtausmaß von 14.738,85 Euro getätigt. Hier sind 3 Inserate mit Gesamtkosten von rund 6.400,- Euro anzuführen. Der große Rest besteht aus Strafen für Falschparken, Strafmandate, Spritkosten und Verköstigung von Aktivist:innen bei div. Tätigkeiten wie z.B. dem Aufstellen der Wahlwerbbeständer.

Für den Bundesvorstand der KPÖ, Mag. Dietmar Zach